

KONJUNKTURREPORT

21. Jg., Ausgabe 2, Juni 2021

Aufschwung nimmt Fahrt auf

Die Erholung der **Weltwirtschaft** hat sich im Frühjahr fortgesetzt. Die weltwirtschaftliche Aktivität hat wieder das Niveau von vor der Corona-Krise erreicht. Dabei bestehen große Unterschiede zwischen den Ländern bzw. Regionen, die sich insbesondere durch den Impffortschritt und die Möglichkeiten für fiskalpolitische Unterstützungen erklären lassen. Auch die Erholung des Welthandels macht Fortschritte. So war der globale Warenhandel im März bereits um 5,6 % höher als im Dezember 2019. Getragen wurde die Entwicklung von China und anderen Ländern in Asien. Dagegen war der Warenhandel im Euroraum nur um 0,7 % höher als im Februar 2020, bevor sich die Pandemie in Europa auszuwirken begann. Der Handel Großbritanniens leidet unter den Folgen des Ausscheidens aus dem Europäischen Binnenmarkt. Der Aufschwung macht sich in stark steigenden Preisen für Rohstoffe und Baumaterialien wie Holz sowie in Lieferverzögerungen bei elektronischen Zwischenprodukten wie Mikrochips bemerkbar. Dadurch könnte das Wachstum der Industrieproduktion in den kommenden Monaten gebremst werden.

Im ersten Quartal 2021 legte die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung in den **USA** um 1,6 % zu, nachdem sie bereits im vierten Quartal 2020 um 1,1 % gestiegen war. Die rasch voranschreitende Impfung der Bevölkerung sowie die sehr expansive Geld- und Fiskalpolitik stützen den Aufschwung maßgeblich. In **Japan** sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal um 1,3%, nachdem es im vierten Quartal noch um 2,8 % gestiegen war. In **China** verlangsamte sich das Wachstum des saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal auf 0,6 %, nach 3,1 % im vierten Quartal 2020. In der **EU27** ging das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal um 0,4 % zurück, nach einem Rückgang um 0,5 % im vierten Quartal. Im **Euroraum** sank die Wirtschaftsleistung im ersten Jahresviertel 2021 um 0,6 %, nach einem Rückgang um 0,7 % Ende 2020. Unter den großen Mitgliedstaaten war der Rückgang in Deutschland mit 1,8 % am stärksten. Allerdings war die Entwicklung dort durch das Auslaufen der befristeten Mehrwertsteuersenkung zum Jahresende 2020 geprägt. Dadurch war es im vierten Quartal zu Vorzuehkäufen gekommen, was zu einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,5 % beigetragen hatte.

In **Österreich** nahm das BIP der ersten Datenveröffentlichung von Statistik Austria zufolge im ersten Quartal 2021 um 1,1 % ab, nach einem Rückgang um 3,1 % im vierten Quartal. Aufgrund des fortgesetzten Lockdowns gingen die privaten Konsumausgaben weiter zurück. Auch die Exporte sanken deutlich, wobei einem Anstieg der Warenausfuhren ein kräftiger Rückgang der Reiseverkehrsexporte gegenüberstand. Demgegenüber erholten sich die Bau- und die Ausrüstungsinvestitionen. Auf der Entstehungsseite war die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie um mehr als 50 % niedriger als im Schlussquartal 2020. Auch in den anderen von den Pandemieeindämmungsmaßnahmen betroffenen Wirtschaftsbereichen wie Verkehr und persönliche Dienstleistungen ging die Wertschöpfung zurück, während sie im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft deutlich zulegte.

Für die Bundesländer stehen Angaben zum Bruttoregionalprodukt nur bis einschließlich 2019 zur Verfügung. Monatliche Indikatoren für den produzierenden Bereich sind bis Februar 2021 verfügbar. Im Verarbeitenden Gewerbe sank die Produktion in **Kärnten** im Jahresdurchschnitt 2020 um 4,3 % (Österreich insgesamt: -7,0 %). Die saisonbereinigte Produktion im Verarbeitenden Gewerbe war Ende Februar 2021 in Kärnten um 5,3 % höher als vor Ausbruch der Pandemie im Jänner 2020; in ganz Österreich hatte die Produktion Ende Februar wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Die Bauproduktion war in Kärnten im Jahresdurchschnitt 2020 um 7,7 % niedriger als im Jahr 2019, wobei einem Rückgang um knapp 10 % im Hochbau ein Anstieg um gut 12 % im Tiefbau gegenüberstand. In Österreich insgesamt war die Entwicklung etwas günstiger. Im Hochbau sank die Produktion um 4,0 % und im Tiefbau um 0,8 %. Ende Februar 2021 war die Bauproduktion in Kärnten um 5,1 % und in ganz Österreich um 7,4 % höher als ein Jahr zuvor. Dabei sticht der Tiefbau in Kärnten mit einem Plus von 40,4 % hervor, was wohl maßgeblich auf den Bau des Koralmtunnels zurückzuführen ist. Auf der folgenden Seite wird ein Ausblick auf die Konjunktorentwicklung in den Jahren 2021 und 2022 gegeben.

Klaus Weyerstraß

Konjunkturprognose für Kärnten 2021 und 2022

Die vorliegende Prognose für Kärnten basiert auf der im Mai 2021 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Frühjahrsprognose, die bereits die BIP-Entwicklung im ersten Quartal 2021 berücksichtigen konnte. Demnach wird in Österreich das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2021 und 2022 um 3,4 % bzw. 4,3 % zunehmen.¹

Im Jahr 2020 haben die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zu einem beispiellosen Einbruch der Wirtschaftsaktivität geführt. Das KIHs schätzt, dass der Rückgang des realen Bruttoregionalprodukts (BRP) in Kärnten mit 6,6 % etwa gleich stark war wie in Österreich insgesamt. Besonders betroffen waren die von den behördlichen Schließungen und den Reisewarnungen betroffenen Wirtschaftsbereiche, wie Tourismus, Gastronomie und kontaktintensive Dienstleistungen. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen wider. Spiegelbildlich stieg die Arbeitslosigkeit stark.

Für die Jahre 2021 und 2022 kann mit einem spürbaren Anziehen der Konjunktur gerechnet werden. Das BRP in Kärnten dürfte um 3,5 % bzw. 4,5 % steigen (Tabelle 1). Damit sollte auch die Arbeitslosigkeit weder kräftig sinken. Gleichwohl dürfte die Arbeitslosenquote auch im Jahr 2022 mit 9,5 % noch höher sein als im Jahr 2019 vor dem Ausbruch der Pandemie (8,8 %). Das Verarbeitende Gewerbe profitiert vom bereits zu beobachtenden Aufschwung der Weltwirtschaft (Tabelle 2). Risiken gehen hier von der starken Verteuerung einiger Rohstoffe sowie von Lieferverzögerungen bei Vor- und Zwischenprodukten aus. Auch die Kosten für Containertransporte sind zuletzt stark gestiegen. In der Bauwirtschaft sollte sich die Belegung fortsetzen. Anders als im vergangenen Jahr, ist für den Prognosezeitraum im Zuge der Konjunkturerholung auch mit einem Anstieg des Hochbaus zu rechnen. Von den Lockerungen der pandemiebedingten Beschränkungen sollten im Jahresverlauf der Tourismus, das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen profitieren, sodass mit einem breit angelegten Anstieg der Beschäftigung gerechnet werden kann (Tabelle 3).

Die Konjunkturprognose ist auf der Homepage des KIHs auf der Seite <http://kihs.at/wirtschaftsprognose.html> abrufbar.

Tabelle 1: Zentrale Prognoseergebnisse für Kärnten

	2020	2021	2022
Bruttoregionalprodukt, nominell (Veränderung in %)	-5,5	5,0	6,2
Bruttoregionalprodukt, real (Veränderung in %)	-6,6	3,5	4,5
Beschäftigung (Personen)	205.621	208.737	212.281
Beschäftigung (Veränderung in %)	-2,8	1,5	1,7
Arbeitslose (Personen)	26,749	24,312	22,670
Arbeitslose (Veränderung in %)	28,9	-9,1	-6,8
Arbeitslosenquote (in %)	11,3	10,3	9,5

Quellen: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS, ab 2021 (Bruttoregionalprodukt ab 2021): Prognose des KIHs

Tabelle 2: Veränderung der realen Bruttowertschöpfung (in %) nach Wirtschaftsbereichen

	2020	2021	2022
Wirtschaftsbereiche insgesamt	-6,6	3,5	4,5
Land- u. Forstwirtschaft; Fischerei	-0,9	0,6	1,4
Produzierender Bereich	-4,1	3,1	4,3
Darunter: Herstellung von Waren	-4,9	3,8	5,2
Darunter: Bau	-2,1	2,0	2,3
Dienstleistungen	-8,2	3,8	4,8
Handel	-6,2	3,9	4,4
Gastgewerbe	-32,3	5,1	4,1
Sonstige Dienstleistungen	-5,5	3,7	4,9

Quellen: Statistik Austria, Prognose des KIHs

Tabelle 3: Veränderung der Beschäftigung (in %) nach Wirtschaftsbereichen

	2020	2021	2022
Wirtschaftsbereiche insgesamt	-2,8	1,5	1,7
Land- u. Forstwirtschaft; Fischerei	-3,1	1,9	3,4
Produzierender Bereich	-1,5	1,1	1,7
Darunter: Herstellung von Waren	-1,8	1,2	2,0
Darunter: Bau	-1,1	1,1	0,7
Dienstleistungen	-3,2	1,7	1,7
Handel	-1,6	1,5	-1,7
Gastgewerbe	-16,8	3,7	8,0
Sonstige Dienstleistungen	-1,9	1,5	1,9

Quellen: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ab 2021: Prognose des KIHs

Klaus Weyerstraß

¹ Vgl. European Commission (2021), European Economic Forecast. Spring 2021. Institutional Paper 149, May 2021.

Kommentar: Is black greener than green?

Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an dessen Auswirkungen zählen – neben der Erhaltung der Artenvielfalt – zu den wichtigsten globalen umweltpolitischen Zielen. So möchte die EU mit ihrem *Green Deal* Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es einer Vielzahl an Maßnahmen, damit in einem ersten Schritt bis 2030 55 % weniger Treibhausgase in die Atmosphäre entlassen werden als 1990. Am 14. Juli wird die EU-Kommission dazu ein Paket aus zwölf Gesetzesvorschlägen vorlegen, und das Verfolgen dieser Ziele wird zu zahlreichen Spannungen zwischen den und innerhalb der EU-Staaten führen. Auch innerhalb der Internationalen Energieagentur (IEA) regt sich bereits Widerstand (Japan, Australien), da alle „net-zero“ Szenarien gewaltige politische, technische und finanzielle Herausforderungen mit sich bringen.

Im Zentrum steht die Frage, wie weit Klimaschutz und ökonomische Aktivität vereinbar sind. Da der *Green Deal* auch der Plan der EU für Nachhaltigkeit (*sustainability*) ist, stellt sich zusätzlich die Frage, ob die angepeilte „Energiewende“ tatsächlich zu (mehr) Nachhaltigkeit führt. Eine Entwicklung ist nachhaltig, wenn die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen befriedigt werden, ohne dadurch die Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung der zukünftigen Generationen zu beeinträchtigen. Diese Definition hat eine ethische Schwachstelle, da sie lediglich auf die Bedürfnisse von Menschen abzielt und jene anderer Lebewesen nicht explizit berücksichtigt.

Der inflationäre Gebrauch des Wortes Nachhaltigkeit führt zu zahlreichen Begriffsverwirrungen. Eine davon besteht darin, erneuerbare Energie mit „nachhaltiger Energie“ gleichzusetzen. Allerdings ergeben sich in diesem Zusammenhang Zielkonflikte:

Klimawandel (*climate change*) ist die Teilmenge einer umfassenderen Bedrohung, welche als Umweltwandel (*environmental change*) bezeichnet werden kann. Das Verfolgen von Klimazielen kann das Erreichen anderer Umweltziele jedoch konterkarieren.

Gegenwärtige „grüne Technologien“ sind nicht nachhaltig; sie sind lediglich etwas weniger umweltverschmutzend. So könnte einer aktuellen Untersuchung der IEA zufolge die Nachfrage nach kritischen Mineralien für die Erzeugung „grüner Energie“ bis 2040 fast sechsmal so hoch sein wie aktuell, wenn bis 2050 weltweit die Treibhausgasemissionen auf „net-zero“ fal-

len sollen. Ein Elektroauto benötigt den sechsfachen Input an Mineralien verglichen mit einem konventionellen, und eine onshore Windfarm neunmal mehr als ein mit Erdgas betriebenes Kraftwerk. Der Bedarf an Lithium könnte in den nächsten 20 Jahren um das Vierzigfache steigen. Erneuerbare Energie kann einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, allerdings auch zur Umweltzerstörung.

Auf globaler Ebene gibt es keine wirklich „grünen“ Länder. Solche mit einem nachhaltigen Emissionsniveau schneiden gemäß Entwicklungsindikatoren wie dem *Human Development Index*² sehr schlecht ab, weil sie bezüglich Lebenserwartung, Gesundheit und Bildung viel aufzuholen haben. Gemessen am *Environmental Performance Index*³ sind zahlreiche arme Länder viel grüner als die grünsten industrialisierten Länder. Weltweit sind vier von fünf Menschen noch nie geflogen und würden es wohl sehr gerne. Die globale Bevölkerungszunahme macht jedes „net-zero“ Szenario noch herausfordernder, da die zuverlässige Verfügbarkeit von sauberer Energie eine wesentliche Bedingung für Entwicklung ist.

Energiewende hat für erdölexportierende Staaten eine andere Bedeutung. Das Pro-Kopf-Einkommen in den OPEC-Staaten könnte bis 2050 um 75 % fallen. Es wäre zu begrüßen, wenn Länder wie Saudi Arabien und Katar weniger finanzielle Ressourcen zur Finanzierung ihrer islamistischen Aktivitäten zur Verfügung hätten, für weniger resiliente Exportländer von Kohlenwasserstoffen, wie z.B. Nigeria, Venezuela, Libyen oder Irak, wären die ökonomischen und sozialen Auswirkungen niedrigerer Ölpreise aufgrund der geringeren Nachfrage katastrophal. Diese Staaten könnten auf die Idee kommen, ihre Ressourcen noch rasch zu verschern, was die Energiewende noch teurer machen würde als sie es ohnehin bereits ist.

Zielkonflikte ergeben sich auch für Kärnten, wie z.B. die Kontroverse um die Errichtung von Windkraftanlagen in ökologisch und touristisch bedeutsamen Gebieten zeigt.

Systematische Nachhaltigkeit muss das ultimative Ziel einer glaubwürdigen Umweltpolitik sein, die explizit ethische Bedenken berücksichtigt. Systematische Nachhaltigkeit erfordert deshalb eine holistischere Perspektive. Neben den bestehenden Säulen von Nachhaltigkeit (Ökonomie, soziale Säule, Umwelt) bietet sich Technologie als eine zusätzliche an – wegen ihres zunehmenden Einflusses auf die anderen drei. Die aktuellen Versuche zu mehr Nachhaltigkeit auf weltweiter Ebene zu gelangen, können höchstens als *Sustaininability* bezeichnet werden.

Norbert Wohlgemuth

² <http://www.hdr.undp.org/en/2020-report>

³ <https://epi.yale.edu/>

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Human Development Index (HDI) und
Environmental Performance Index (EPI)

Rang (HDI 189 Länder, EPI 180 Länder)

	HDI	EPI
Norwegen	1	9
Irland	2	16
Schweiz	3	3
Hong Kong	4	-
Island	5	17
Deutschland	6	10
Schweden	7	8
Australien	8	13
Niederlande	9	11
Dänemark	10	1
Kanada	16	20
USA	17	24
Österreich	18	6
Afghanistan	169	178
Myanmar	147	179
Liberia	175	180
Niger	189	152

Quelle: United Nations Development Program (HDI)
Yale University (EPI); eigene Darstellung KIHSTax wedge* in OECD Ländern, 2020
%

	%
Belgien	51,5
Deutschland	49,0
Österreich	47,3
Frankreich	46,6
Italien	46,0
Schweden	42,7
Finnland	41,2
Niederlande	36,4
Dänemark	35,2
Vereinigtes Königreich	30,8
Vereinigte Staaten	28,3
Schweiz	22,1
Neuseeland	19,1
OECD	34,6

* Der Tax wedge misst die Differenz zwischen dem Brutto-Bruttolohn und dem Nettolohn. Der Tax wedge berechnet sich aus der Summe der Einkommensteuer auf Arbeit und den Sozialversicherungsbeiträgen, die sowohl von den Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern bezahlt werden (abzüglich der Familienbeihilfen), in Relation zum Brutto-Bruttolohn.

Quelle: OECD, Taxing Wages 2021; eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse Universitätsstraße 65-67
9020 Klagenfurt
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 1.6.2021

Arbeitslose Personen,
inkl. Schulungsteilnehmer, Mai 2021

	Bestand Mai 2021	Veränderung z. Vorjahr, %
Frauen	191.031	-23,2
Männer	201.329	-25,0
gesamt	392.360	-24,1
Ausländer und Ausländerinnen	144.057	-22,6
Inländer und Inländerinnen	248.303	-25,0
Personen unter 25 J.	54.014	-27,9
Personen 25-49 J.	220.993	-26,4
Personen über 50 J.	117.353	-17,4
Personen mit max. Pflichtschulausbildung	183.646	-21,4
Personen mit Lehrausbildung	106.828	-29,0
Personen mit mittlerer Ausbildung	20.686	-25,2
Personen mit höherer Ausbildung	47.223	-23,6
Personen mit akademischer Ausbildung	31.792	-17,8

Quelle: AMS; eigene Darstellung KIHS

Saisonbereinigte Produktionsindizes, 2015=100
Kärnten (Februar 2021) und Österreich (März 2021)

	Kärnten	Österreich
Index insgesamt	136,2	121,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	102,8	102,7
Herstellung von Waren	137,7	114,3
Energieversorgung	174,9	135,9
Wasserver- und -entsorgung, Abfallentsorgung	93	96,9
Bau	121,6	137,2

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Makroökonomische Indikatoren
aktuelle Schätzung für 2021

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosen- quote, (%)*	Leistungs- bilanz (% BIP)	Budget- balance (% BIP)
USA	6,0	2,7	6,1	-2,9	-13,5
China	8,5	1,6	5,1	2,7	-4,7
Japan	2,2	0,1	2,6	3,0	-9,4
Großbritannien	5,3	1,5	4,8	-4,2	-12,1
Kanada	5,4	2,2	8,1	-2,0	-9,9
Euroraum	4,1	1,4	8,1	3,1	-6,6
Österreich	3,4	1,7	5,6	3,4	-7,1
Frankreich	5,4	1,3	7,9	-1,8	-9,0
Deutschland	3,5	1,9	4,5	6,8	-3,6
Italien	3,4	0,7	10,1	3,0	-10,5
Schweiz	2,6	0,3	3,1	7,0	-2,3
Türkei	3,9	14,5	13,1	-2,0	-2,8

*aktuellster verfügbarer Monatswert
Quelle: The Economist; 29. Mai 2021
eigene Darstellung KIHS